0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

November 11/2003

Sozialabbau für die Rüstung

Zu diesem Thema sprach Anne Rieger, zweite Bevollmächtigte der IG-Metall Waiblingen und Landessprecherin der VVN-BdA Baden Würtemberg, am 29. September im DGB-Haus. Gestützt auf ein sehr umfangreiches Zahlenmaterial wies sie nach, dass die gerade im Bundestag beschlossene Gesundheitsreform und weitere, sogenannte Reform-Vorhaben der Bundesregierung massiven Sozialabbau, vor allem für die nicht mehr im Produktionsprozess stehenden Menschen, bedeuten und welch entscheidende Rolle in diesem Zusammenhang die Militärpolitik der rot-grünen Bundesregierung spielt.

Obwohl es für Deutschland keinerlei militärische Bedrohung gibt, obwohl die Bundeswehr seit Beginn der neunziger Jahre um rund 350.000 SoldatInnen verringert wurde und Verteidigungsminister Struck gerade ankündigt, die Mannschaftsstärke der Bundeswehr auf 250.000 herunter zu fahren, steigt der Bundeswehretat. 2003 liegt er bei 24,4 Milliarden Euro und geplant ist ein weiterer Zuwachs von 800 Millionen Euro! An Rüstungsaufträgen hat die Bundesregierung bisher 113 Milliarden vergeben. "Warum?", fragt Anne Rieger, und gibt die Antwort: Es geht um den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zur Angriffsarmee, bereit zum Einsatz in aller Welt. Dafür ist qualitativ neues, gewaltige finanzielle Mittel verschlingendes Kriegsgerät erforderlich und dafür - so formuliert es Bundeskanzler Gerhard Schröder diplomatisch - "*müssen wir zum Wandel im Inneren bereit sein.*"

Die Referentin nannte konkrete Zahlen dieses "Wandels". Sie treffen vor allem die Empfänger kleiner Einkommen, Rentner, Kranke und Arbeitslose. Die horrenden Belastungen durch die Gesundheitsreform, die Kürzungen der staatlichen Zuschüsse zur Rentenversicherung (2 Milliarden Euro), zur Arbeitslosenhilfe (2 Milliarden Euro) und für die Bundesanstalt für Arbeit (2 Milliarden Euro); das alles wäre - trotz Arbeitslosigkeit und damit verbundener Steuermindereinnahmen - nicht nötig, würde auf die Aufstockung der Rüstung mit dem Ziel, Deutschland auch militärisch zur Großmacht zu machen, verzichtet. Das alles - diese Politik der Spitzen von SPD und Grünen, mitgetragen von der CDU/CSU und FDP - steht in tiefem Widerspruch zum Grundgesetz, nach dem Deutschland ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein soll.

Für die Diskussion - vor allem der Fragen: Was tun gegen diese Politik? Wie die Enttäuschung und Empörung der Betroffenen stärker in aktiven Widerstand einmünden kann? Was Betriebe, Gewerkschaften, Sozialverbände und Friedensbewegung wirkungsvoller machen könnte und wie der Einzelne dazu beitragen kann? - blieb leider wenig Zeit. Dennoch glaube ich, hat diese Versammlung dazu beigetragen, Verständnis für den Zusammenhang von sozial- und friedenspolitischen Problemen zu stärken und aktives Handeln für gemeinsame Interessen und Forderungen zu entwickeln.

Herbert Breidbach

200-jähriges Bestehen

Das 200-jährige Bestehen der jüdischen Gemeinde in Bremen wurde am Sonntag, den 21. September 2003, im Rathaus gefeiert. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, über 600 Gäste und Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Bremen waren gekommen, um gemeinsam diesen Tag zu begehen. Es sprachen Bürgermeister Henning Scherf, Rabbiner Barslai, die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Elvira Noa. Das Hauptreferat hielt Dr. Michael Brenner.

Alle Sprecher begrüßten, dass die jüdische Gemeinde in Bremen nach dem Holocaust jetzt wieder 1.200 Mitglieder zählt. Der Rabbiner führte aus, dass die jüdische Gemeinde in Bremen mit der Nazi-Herrschaft untergegangen war. 1945 entstand eine kleine neue Gemeinde. Inzwischen wuchs sie durch den Zuzug der polnischen und sowjetischen Juden auf 1.200 Mitglieder. Er sprach seine Freunde, Pastor von Zobeltitz und die katholische Kirche an, mit denen er einen guten Kontakt pflegt. Aber er äußerte auch seinen Schmerz über den Zwist im heiligen Land und wünschte endlich Frieden zwischen Juden und Palästinensern. Als Historiker sagte Dr. Brenner Einiges zur jüdischen Geschichte. Er erwähnte den 1948 durchgeführten Weltkongress der Juden, der damals die Juden mahnte, sich nicht auf der „blutgetränkten Erde“ Deutschlands anzusiedeln. Auch Weizmann aus Israel sagte: *„Wie können Juden überhaupt in Deutschland leben.“* Das ist überholt, in Deutschland leben wieder mehr Juden als in anderen europäischen Ländern. Er betonte, die jüdische Kultur habe sich in Deutschland vielseitig entwickelt. Die Lage in Israel bezeichnete er als sehr schwierig.

Bremen ist ein Mittelpunkt für Juden geworden. Es gibt Jugendzentren, Kulturinitiativen, einen Seniorentreff und einen aktiven Chor, der israelische jiddische Gesänge übt und vorträgt. Es war eine gute Veranstaltung. In der unteren Rathaushalle konnte man sich über die jüdische Gemeinde im Laufe der Jahre informieren.

Ingeborg Breidbach

Fred Dellheim verstorben

Am 09. Oktober verstarb mit 79 Jahren in Berlin unser Bundesvorsitzender Fred Dellheim. Mit einem Kindertransport konnte er im Januar 1939 den Händen des deutschen Faschismus entrinnen, dem seine Eltern und seine ältere Schwester 1943 in Auschwitz zum Opfer fielen.

Als Mitglied der Freien Deutschen Jugend nahm er an der Landung der alliierten Streitkräfte im Juni 1944 in der Normandie und an der Befreiung Deutschlands 1945 teil. In der DDR war er als Werksdirektor in Karl-Marx-Stadt und Berlin tätig. 1992 übernahm Fred Dellheim den Vorsitz des "Interessenverbandes der Verfolgten des Naziregimes".

Mit Fred Dellheim verliert unsere Vereinigung einen engagierten Kameraden, mit dem wir über viele Jahre eine fruchtbare Diskussion führen konnten.

Der Landesvorstand

Wert des Lebens

Vom 25. bis 28. September fand in Northeim und Moringen eine gutbesuchte bundesweite Gedenkstättentagung statt. Im Mittelpunkt standen die bis heute weitgehend vergessenen KZ-Opfer mit dem schwarzen Winkel. Es handelt sich um eine schwer fassbare Gruppe von Ausgegliederten: Obdachlose, Bettler, Sinti, Prostituierte, Fürsorgezöglinge, Psychiatrieinsassen. Durch eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen und Polizeiverordnungen wurden sie schon sehr früh als vermeintliche „Asoziale“ nach Arbeitsfähigkeit begutachtet und in Gewahrsam verbracht, verfolgt und vernichtet.

Der Eröffnungsvortrag von Wolfgang Ayaß gab einen Überblick über „*die Breite der Maßnahmen und die hieran beteiligten Stellen*“. Die ersten Verfolgungsmaßnahmen gegenüber Nicht-Arbeitsfähigen und Nicht-Arbeitswilligen setzte bereits zum 01. April 1933 ein. Männer ohne festen Wohnsitz und ohne Arbeit wurden Arbeitshäusern zugeführt. Frauen, die sich gelegentlich prostituierten und dabei die rigiden Meldekontrollen versäumten, wurden in Arbeits- häusern kaserniert. Das gleiche Schicksal traf Fürsorgezöglinge beiderlei Geschlechts. Waren sie jüdischer Herkunft, traf sie sehr bald eine erbbiologische Untersuchung, eine Wahl zwischen Zwangssterilisierung und Lagereinweisung wurde ihnen nicht gelassen.
Sie wurden begutachtet und vermessen. Spärlich sind Zeugnisse von Verwandten, die sich um eine baldmögliche Entlassung bemühten. Stellten sich Fehlzeiten bei der Arbeit ein, Bummelei, so war der Weg ins Arbeitshaus vorgezeichnet. Bald füllten sich im Herbst 1933 die Arbeitshäuser. In einem großen, lange vorher geplanten Schlag wurden im Juni 1938 Menschen von der Straße abgegriffen und Lagern zugeführt.
Die Aktion „Arbeitscheue Reich“ sollte noch vor der Reichspogromnacht im November für die Durchsetzung eines allgemeinen Arbeitszwangs sorgen. Von dieser Maßnahme betroffen waren in großer Zahl auch Fürsorgemündel ab 19. Gesundheits- und Fürsorgeämter wurden von der SS in die Pflicht genommen. Entscheidend für Leben oder Tod war die Arbeitsfähigkeit. Insbesondere die Einteilung als „erbbiologisch artfremd“ bedeutete eine selektive Ausgrenzung und damit den Tod. Moringen, wo wir den zweiten Tag des Gedenkstättenseminars verbrachten, wies in seinem Ortskern drei Konzentrationslager auf. Neben Dachau diente das Männer-KZ Moringen von April bis November 1933 der SS als Lager für Kommunisten und Sozialdemokraten aus dem Raum Hannover. Sie wurden später „unter Polizeiaufsicht entlassen“ oder in ein anderes KZ verschleppt. Im Oktober wurden ca. 1.350 Frauen von überall her ins Frauen-KZ eingeliefert, neben Oppositionellen aus der Arbeiterbewegung auch „rassisch“ und religiös verfolgte, Prostituierte und Remigrantinnen. Im März 1938 führte sie der Weg ins KZ Lichtenburg und später weiter nach Ravensbrück. Im Juni 1940 wurde in Moringen ein „polizeiliches Jugendschutzlager“ errichtet. Die Jugendlichen waren zwischen 12 und 22 Jahre alt, kamen aus dem gesamten besetzten Europa. Zwangsarbeit, Hunger, schwerste Erziehungsmethoden trafen sozial, „rassisch“, religiös oder politisch verfolgte junge Menschen. 140 der rund 1.400 Inhaftierten kamen ums Leben, nur 55 Namen sind bekannt. Sie ruhen in einem Ehrenfeld auf dem Friedhof.

Robert Ritter weitete sein Forschungsgebiet aus und unterzog die Inhaftierten pseudowissenschaftlichen Untersuchungen. Er wollte beweisen, dass Kriminalität und Asozialität erblich bedingt seien. Für die Gedenkstättentagung wurden Räume im Landeskrankenhaus zur Verfügung gestellt, dort, wo sich früher Frauen-, Männer- und Jugend-KZ befunden hatten. 1989 war hier ein Gedenkstättenverein entstanden, zehn Jahre später die Gedenkstätte im Torhaus. Heute ist sie durch die Sparpolitik der Landesregierung in ihrer Existenz gefährdet. Eine Fülle von Vorträgen führten die TeilnehmerInnen durch Rolle und Auffassung Arbeit seit Luther, Wahn und Folgen der Eugenik-Forschung, kriminalpolizeiliche Ideologie bei der Bekämpfung von Verbrechen im Dritten Reich, das Verfahren bei der KZ-Einlieferung, die Rolle der Häftlinge mit dem schwarzen Winkel unter den KZ-Häftlingen, die Verfolgung des Fahrenden Volkes in der Schweiz 1926-1973, Probleme der Anerkennung und Entschädigung dieser Personengruppe (bei der oft genug die Verfolgung während der Adenauer-Ära weitergeführt und jegliche Entschädigung abgewiesen wurde). Nicht vergessen werden sollte, dass diese Gruppe nicht über eine Lobby verfügt, dass ihr Verhältnis zu politischen Häftlingen von Misstrauen und Vorsicht geprägt war, dass es wenig Solidarität mit ihnen gab. Nicht vergessen werden darf, dass unabhängig von der Frage des persönlichen Verhaltens in einer Situation, in der die gesamte Macht über Leben und Tod in den Händen der SS lag, das KZ-System ein Verbrechen war und ein Einsperren unter diesen Bedingungen ein krimineller Akt und nicht zu rechtfertigen ist. Bedrückend war zum Schluss im Rahmen der Aufstellung der Tötungsdelikte mit neofaschistischem Hintergrund seit dem 03. Oktober 1990 der Mord an 39 Obdachlosen, Punks, Arbeitslosen, Behinderten.

Raimund Gaebelein

Erweiterte Landesvorstandssitzung

Am 15 November findet um **15:00 Uhr** in unserem Büro, eine erweiterte Sitzung des Landesvorstandes mit dem Themenschwerpunkt “Erarbeitung der Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr” statt. In den letzten beiden Jahren haben wir uns doch eher von den Ereignissen tragen lassen und Veranstaltungen auf sehr kurzfristige Weise organisiert. Wir fordern alle Kameradinnen und Kameraden auf, sich aktiv an diesen Planungen zu beteiligen.

Der Geschäftsführende Landesvorstand

Keine Lösung im Irak

Das angeblich demokratische Land USA wird unter der Führung des jetzigen Präsidenten Georg Bush immer deutlicher zum Unterdrücker mit allen militärischen Mitteln. Von der Befreiung des Saddam-Hussein-Staates ist nicht viel geblieben. Jeden Tag liest man, dass wieder Iraker, aber auch Soldaten der Allianz getötet wurden. Willkürlich werden Häuser und Wohnungen gestürmt, Zivilisten, besonders Männer, festgenommen und verschleppt. Die Familien wissen nicht, wo ihre Angehörigen geblieben sind. Hierzu mal wieder ein aufschlussreicher Artikel am 25.09. im Weser-Kurier.

Bush versucht nun mit allen Mitteln die Verbündeten zu mehr Aktivitäten, besonders in finanzieller Sicht, zu gewinnen. Das Oberkommando will er aber nicht nur militärisch behalten, auch die Verwaltung und vor allem die Ausbeutung der Ölvorkommen soll in US-amerikanischer Hand bleiben.
Da die BRD zu Beginn des Irak-Krieges nicht voll mitgemacht hat, gab es zwischen Bush und Schröder über 16 Monate keine Begegnung. Nunmehr fand anlässlich der Vollversammlung der Vereinten Nationen ein Treffen satt und Schröder sagte danach: *"Wir haben die Differenzen, die es gab, hinter uns gelassen, sind beide der Überzeugung, dass wir nach vorne zu schauen haben."* Hoffentlich bleibt Schröder auch bei seinen weiteren Ausführungen, dass es deutsche Hilfe nur im Rahmen der Vereinten Nationen gibt und keine Ausweitung auf militärischen Gebieten. Bleiben wir wachsam!

Friedel Becker

Zum ersten Mal

Am Freitag, den 22. August, sollte ich zum ersten Mal in meinem Leben ein KZ besuchen. Trotz aller Vorbereitungen war ich doch etwas nervös. Dies würde meine erste Fahrt dahin sein. Da mein Begleiter ausfiel, kannte ich überhaupt niemanden aus der Gruppe. Im Nachhinein betrachtet muss ich Empfang, Kennenlernen, Mitreisende, Essen, Hotel, Führungen, Bus und Organisation wirklich loben! Ihnen auch ein weiter so und Dank aus vollem Herzen.

Nach unserer langen Fahrt von so 660 km begegneten wir plötzlich der Wirklichkeit. Bullenhuser Damm, die Schule, in der 20 jüdische Kinder, ihre vier Pfleger und 24 russische Kriegsgefangene kaltblütig und auf sehr grausame Weise erhängt wurden. Auf dem Gedenkplatz gab es eine Marmortafel mit der Aufschrift: „*Wenn du hier bist, dann schweige. Wenn du gehst, dann spreche*.“ Diese Aufschrift hat mich zutiefst getroffen. Das war etwas zum Nachdenken. Und das war erst der Beginn unserer Fahrt.

Am nächsten Tag besuchten wir das Stammlager Neuengamme. Bei dem Wort „Konzentrationslager“ denken viele Menschen einfach an die gräulichsten Orte und Begebenheiten. In Neuengamme selbst scheint es als ob diesen Vorstellungen widersprochen werden muss. Aber ich lege großen Wert auf das Wort „scheint“. Alle Spuren, die auf Gräueltaten hinwiesen, wurden sorgfältig beseitigt. Bewusst, unbewusst? Aber die Vorstellung von dem, was sich hier einmal abspielte, ließ doch bei mir ein unbehagliches Gefühl aufkommen. Ein Gefühl des Vergangenen bewusst zu sein, einen heiligen Ort zu besuchen. Sind denn hier nicht viele unserer Geliebten ums Leben gekommen, nachdem sie gemartert, ausgehungert und verspottet wurden durch ihre Henker? Ein merkwürdiges Gefühl, das sich schwer in Worte fassen lässt.

In Neuengamme erlebte ich das folgende Gefühl zum ersten Mal. Dieses Gefühl sollte sich beim folgenden Blumenniederlegen wiederholen. Es war ein Gefühl sehr vieler und sehr starker Emotionen zugleich. Ich war sehr froh endlich da zu sein. Andererseits war ich sehr bewegt durch das Bewusstsein an einem besonderen Ort zu sein. An dem Ort, an dem auch sie gewesen waren, an dem sie lebten und an dem viele von ihnen ums Leben kamen. Auch gingen mir Gedanken an meinen Urgroßvater, der in Meppen starb, und an meine Großmutter, die viel über ihren Vater erzählte, durch den Kopf. Ein Moment der Stille und sehr tiefen Nachdenkens.



Boris Viccaaus aus Meensel-Kiesegem (5. von rechts) beim Besuch auf dem Osterholzer Friedhof

Dann besuchten wir nach das Außenlager Schützenhof und den U-Boot-Bunker Valentin in Farge. Vor allem bei diesem letzten Ort werde ich im Nachhinein innerlich sehr still. Dieses Megabauwerk ist wieder einmal bezeichnend dafür, welche riesige und körperlich vernichtende Arbeit von den Häftlingen verrichtet werden musste. Es war immens! Eine Sprache, die Worte findet, um solche unmenschlichen Dinge zu beschreiben, gibt es einfach nicht.

Wenn ich nun auf die Fahrt zurückblicke, kann ich nur eins daraus folgern, und das ist, dass diese Fahrt meine Person, mein Denken und meine Lebensweise von Grund auf verändert hat. Ich denke auch, dass ich als junger Mensch zwischen all diesen älteren Teilnehmern ein ganzes Stück Weisheit und Menschenkenntnis mitbekommen habe.

Eine Fahrt, um noch eine zu machen und um nie mehr zu vergessen!!!

Boris Vicca (17 Jahre, übersetzt aus dem Belgischen)

Widerstandsmuseen

Anfang Oktober hatte ich Gelegenheit, zwei lokale Widerstandsmuseen zu besuchen. Huize Hageland in Belgien wurde vor zwei Jahren von der Stiftung Meensel-Kiezegem ’44 als Ort einer Dauerausstellung für Schulklassen, Seminare und Besuchergruppen eröffnet. Auf dieser Ebenen werden Kriegsjahre, Besetzung und Widerstand in Belgien in Photos, Kartenmaterial und filmischen Zeugnissen beschrieben.

Im Mittelpunkt stehen die beiden Razzien der belgischen Schwarzhemden unter Leitung des SS-Führers Robert Verbeelen Anfang August 1944, in deren Gefolge ein großer Teil der Männer nach Neuengamme in den Tod deportiert wurde. Bilder und Lebensdaten der in Neuengamme oder einem der Außenlager ums Leben gekommenen Bürger befinden sich im oberen Teil des Hauses, daneben Vitrinen mit Lebensmittelmarken, Ausweisen, Abzeichen. Ein Filmraum erlaubt das Vorführen unterschiedlicher Ton- und Bildträger. Ein Museum des Widerstandes findet sich auch in Rotterdam. Hier wird ausführlich anhand unterschiedlicher Exponate die Lebenssituation der Bevölkerung dargestellt, die Reaktions- und Verhaltensformen angesichts der deutschen Besetzung.

Abzugsgeräte finden sich hier ebenso wie Unterschlupfmöglichkeiten in der Wasserlandschaft im Modell. Auch hier bilden historische Photographien das Rückgrat der Ausstellung. Karikaturen und Plakate geben Einblick in Verfolgung und Widerstand, in Zwangsarbeit und Hungerwinter. Ein Vorführraum mit Beamer erlaubt Gruppen einen Einblick in die historischen Ereignisse. Eine breite Palette an Publikationen gibt Besuchern die Möglichkeit zur Fortbildung.

Raimund Gaebelein

Alltäglicher Rassismus

Vor einem Sprachinstitut in der Bahnhofsvorstadt kam es am letzten Freitag im September zu einem heftigen Wortwechsel zwischen dem Institutsleiter und Herrn B. Vorausgegangen war, dass einige Sprachschüler sich nach dem Unterricht nicht so recht auf die Straße trauten, aus Angst vor einem recht großen Hund, der vor der Eingangstür angeleint wartete.

Der freundlichen Bitte, den Hund doch etwas weiter weg anzuleinen, widersprach Herr B. Dann zückte er einen Fotoapparat, um Aufnahmen zu machen. Dabei gab er an, er werde die Fotos ausländerfeindlichen Blättern zur Verfügung stellen. Schließlich ist der Institutsleiter dunkelhäutig, die Sprachstudenten kommen aus der ganzen Welt.

Weiter auf Seite 4

Die Wahrheit ans Licht bringen

Am 14. September erinnerte die VVN-BdA auf dem Osterholzer Friedhof an die Opfer des faschistischen Militärputsches in Chile 1973 und an die 250 tschechischen, deutschen und französischen Widerstandskämpfer, die zwischen dem 06. und 11. September 1943 in Plötzensee ermordet wurden. 30 Jahre nach der Ermordung Salvador Allendes sprachen Mona Saldanha und ich über die Bemühungen der Familienangehörigen der Verschwundenen um eine Aufklärung der Verbrechen des Pinochet-Regimes. Im Folgenden dokumentieren wir auszugsweise: „wie an jedem Jahrestag gedenken wir auch heute der Opfer des Faschismus und des Krieges, (...) an diesem bedeutungsvollen Ort, (...) an dem die sterblichen Reste und die Namen vieler, die durch das brutale Naziregime abgeschlachtet wurden, zu finden sind. (...) Die Tragödie (...) wiederholte sich (...) zwischen 1973 und 1990 unter chilenischem Himmel. (...) Am 11. September wurde nicht nur unser Genosse Präsident ermordet, sondern auch die Hoffnung eines ganzen Volkes zunichte gemacht, (...) eine bessere Welt voller Gerechtigkeit, Freiheit, Arbeit und Solidarität zu schaffen. (...) Auch wir litten unter der primitiven Wildheit des Faschismus und der Rechten, in unserem Fall kam es zu einer Verschwörung zwischen der Oligarchie und dem nordamerikanischen Imperialismus. (...) Ein Trüppchen verräterischer Generäle und Offiziere wurde mit der schmutzigen Aufgabe der Neuordnung total faschistischen Stils beauftragt, angeführt von dem Lehrling Hitlers, dessen Namen wir bereits kennen.



Osterholzer Friedhof - Eduardo Barahona und Mona Saldanha

So begannen sie mit brutalsten Mitteln die physische Vernichtung der Mitglieder der legalen Volksregierung, ihrer Führer, Anhänger und Sympathisanten und aller, die sich in irgendeiner Weise beteiligt und gekämpft hatten, um die gerechten Forderungen der Unidad Popular (...) durchzusetzen.
Sie schufen und benutzten ähnliche Konzentrationslager wie der Faschismus in Europa während der Nazizeit. Sie erschossen und ließen Männer, Frauen, alte Menschen und Jugendliche willkürlich hinrichten, ohne Prozess und Gericht. Sie quälten und folterten Partei-, Gewerkschafts- und religiöse Führer, Musiker und Künstler und jeden, der verdächtigt wurde, mit ihren illegalen und unmenschlichen Praktiken nicht einverstanden zu sein. Sie schickten Tausende unterschiedlichen Hintergrunds ins Exil, viele mussten diesen Weg freiwillig wählen. (...)

Aber das Schrecklichste und Tragischste dieser ganzen Zeit war die vollkommene Beseitigung von vielen Menschen, die verhaftet wurden und die bis heute verschwunden sind. (...) In 17 Jahren Diktatur wurden Tausende von Chilenen verhaftet und Hunderte von ihnen in geheimen Gefängnissen versteckt und gefangen gehalten, wo sie Folterungen unterzogen wurden und, ohne irgendeine Erklärung oder Information an Angehörige, verschwanden. Diese Ereignisse begannen unmittelbar nach dem 11. September 1973, und von diesem Tag an begann für viele Familien eine lange und schmerzvolle Suche nach ihren Verwandten und Freunden. (...) An dieser bitteren Aufgabe beteiligten sich (...) Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen und natürlich die am meisten Betroffenen, (...) die sich, als sie in individueller Form keinen Erfolg hatten, in der Gruppierung der „Familienangehörigen verhafteter Verschwundener“ organisierten. Diese Organisation kämpft seit 30 Jahren unermüdlich, um das Schicksal der Verwandten ihrer Mitglieder zu erfahren. Einige Fälle konnten geklärt werden, aber die Mehrheit ist nach wie vor ungeklärt.

Nach dem Ende der Diktatur begann vor 13 Jahren die Phase, die Übergang zur Demokratie genannt wird. Der Kampf der Gruppierung der „Familienangehörigen verhafteter Verschwundener“ wird mit entschiedener Heftigkeit fortgesetzt, seit das geringe Interesse der letzten drei Regierungen an einer gerichtlichen Untersuchung der tragischen Situation zu sehen war. (...) So kamen drei Kinder von Verschwundenen zu dem traurigen Entschluss, einen Hungerstreik durchzuführen, (...) um die Wahrheit über das Schicksal aller Verschwundenen herauszubekommen.
Außerdem hat die Gruppierung in einem Offenen Brief ein schriftliches Gesuch an den Präsidenten der Republik, Herrn Ricardo Lagos Escobar, eingereicht. Darin geht es um Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigungsmaßnahmen mit spezieller Betonung auf Abänderung des Amnestiegesetzes, um so den Prozess und die Verurteilung aller Schuldigen zu ermöglichen. (...)

Und in diesem Teil muss ich mich mit ganzer Kraft an Euch alle wenden, um an Eure geschwisterliche Solidarität zu appellieren. An dieser Stelle bitte ich Euch, liebe Anwesende, dass Ihr uns noch einmal helft, (...) den gerechten und legitimen Kampf der Teilnehmer (...) zu stärken, damit die Wahrheit ans Licht kommt, sowohl in Chile als auch auf der ganzen Welt. (...) Es lebe der Kampf der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Bremen und Chile! Es lebe der Kampf der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Deutschland und der Welt! Es lebe die Internationale Solidarität! Wir werden siegen!“

Eduardo Barahona

Fortsetzung von Seite 3

Es kam zu einem heftigen Wortwechsel. Herr B. regte sich auf und sagte lautstark, man habe diese Leute hier wohl vergessen zu vergasen. Dann verschwand er, gefolgt von einem Lehrer, der ihn schließlich in einem Café aufforderte sich zu entschuldigen. Die Polizei, zur Hilfe gerufen, kam und nahm Herrn B. mit zur Wache. Der Film wurde beschlagnahmt. Der Institutsleiter verzichtete auf eine Strafanzeige, falls Herr B. sich förmlich vor der Klasse entschuldige. Fünf Tage später trat er vor die Klasse, erklärte, er sei krankheitsbedingt behindert und habe sich zum eigenen Schutz einen Hund angeschafft. Er habe nie solche Worte benutzt, die ihm vorgeworfen werden, er habe selbst viele ausländische Freunde, kenne aber auch Ausländer, mit denen er gar nicht klarkomme, und überhaupt sei er in ein Café gegangen, das keineswegs im Ruf stehe, Treffpunkt von Rassisten zu sein. Gefragt, weshalb er denn fotografiert habe, meinte Herr B., das habe er getan, um sich zu beruhigen. Institutsleiter und Nachbarin konnten durch die weit offen stehende Klassentür verfolgen, dass Herr B. sich vor der ganzen Klasse für sein Verhalten förmlich entschuldigte. Ob er wirklich eingesehen hat, was er angerichtet hatte?

Raimund Gaebelein

Führererlass heute noch gültig

Im Landgericht Hagen sitzt seit dem 01. Oktober 2003 der 88 Jahre alte Angeklagte Bikker vor Gericht. Es ist kaum zu glauben, wieso diesem Naziverbrecher erst jetzt der Prozess gemacht wird. Bikker war während der Nazizeit als Zuchtwachtmeister bei der Ordnungspolizei in dem "Arbeitseinsatzlager Erika" nahe dem Städtchen Ommen tätig. Bei seinen Landsleuten wurde er wegen seiner Brutalität der "Schlächter von Ommen" genannt. Noch heute ist er als Niederländer an seinem Dialekt erkennbar. Das Todesurteil wurde später in lebenslange Haft umgewandelt. 1952 gelang ihm die Flucht aus Holland, er überquerte die Grenze nach Deutschland und meldete sich beim Zoll. In Deutschland blieb er ungeschoren. Warum: Es gab einen Führererlass, den Adolf Hitler am 19. Mai 1943 unterzeichnete. Der garantierte "*Ausländern, die sich bei Hitlers Verbänden verdingten, die deutsche Staatsangehörigkeit*". Deshalb wurde er trotz scharfem Protest der Holländer nicht an sie ausgeliefert.

Der Führererlass besteht nach wie vor. Bikker konnte in Deutschland in den Jahren seit 1952 ein geruhsames Leben führen. Er ist nur jetzt aufgefallen, weil er sich zu sicher fühlte. 1997 gab er vor Journalisten unter anderem zu, einen Gefangenen, den er besonders brutal gequält hatte, erschossen zu haben. Sein Satz war: "*Und dann hab ick ihm den Gnadenschuss gegeben.*" Das reichte jetzt der Staatsanwaltschaft, gegen ihn ein Verfahren wegen Mordes einzuleiten. Mord verjährt nicht.
Die VVN-BdA sollte bei der jetzigen Justizministerin Brigitte Zypies beantragen, dass endlich dieser "Führererlass" aufgehoben wird!

Es ist wahrscheinlich, dass noch viele Ausländer, die Verbrechen begangen haben, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und nicht zur Verantwortung gezogen wurden.

Ingeborg Breidbach

Erklärende Hinweistafeln

Antrag an den Beirat Gröpelingen

Mit großem Interesse lässt sich der Vorschlag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Jens Böhrnsen aufnehmen, Straßenschildern auf einem Hinweistäfelchen einen erklärenden Zusatz zu Lebensdaten und Beruf bzw. Bedeutung eines Namensträgers beizufügen. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass das Straßenverkehrsamt in Absprache mit der Kulturbehörde auf Initiative der VVN-BdA bereits 20.02.1992 eine solche Tafel an der Von-Ossietzky-Straße in Oslebshausen anbringen ließ.

Ich möchte beim Beirat Gröpelingen und dem Ortsamt West daher anregen, bei den zuständigen Straßenverkehrs- und Kulturbehörden darauf einzuwirken, noch in diesem Jahr erklärende Hinweistafeln an sieben Straßen in Oslebshausen und Gröpelingen anzubringen: Tucholskystraße, Ernst-Waldau-Straße, Maria-Krüger-Straße, Johann-Kühn-Straße, Rosenakstraße, Gustav-Böhrnsen-Straße, Hermann-Prüser- Straße. Darüber hinaus möchte ich anregen, im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 60. Jahrestag der Hinrichtung des niederländischen Zwangsarbeiters Homme Hoekstra am 26. Juni 2004 die Möglichkeit einer Wege- (oder Straßen-) benennung nach Homme Hoekstra in Oslebshausen oder Gröpelingen möglich werden zu lassen.

Raimund Gaebelein
(für die PDS im Beirat Gröpelingen)

"Lücken aus düsterer Zeit"

Unter dieser Überschrift gab der Weser-Kurier am 19.09. eine ausführliche Einschätzung über ein jetzt erschienenes Buch von Ernst Klee mit dem Titel "Personallexikon zum Dritten Reich - Wer war was vor und nach 1945?". Hier wird deutlich dargestellt, dass rund 4.300 Personen, die aktiv in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz, Medizin, Kultur, Polizei, Wehrmacht und NSDAP-Apparat tätig waren und nach 1945 Professuren erhielten, als Ministerialräte, Juristen und Kriminalbeamte berufen wurden. Das war möglich, weil unter Konrad Adenauer viele Beamte der Nazizeit ohne Prüfung übernommen wurden und diese ihre Kumpane einschleusen konnten. Erinnert werden muss, dass der Bundespräsident Heinrich Lübke ein Mit-Architekt der Pläne für die Arbeitslager war. Obwohl viele dieses Personenkreises nicht mehr in Amt und Würden sind, zeigt es sich weiterhin, besonders bei den Vorgängen zum NPD-Verbotsantrag (Auftreten des Verfassungsschutzes, Duldung von verfassungsfeindlichen Aktivitäten der Neonazis), dass besonders in der Justiz der Geist des Nazismus noch nicht überwunden ist.

Das Buch von Ernst Klee wurde vom S. Fischer Verlag herausgegeben. Helfen wir mit bei der Verbreitung. Es ist noch nicht zu spät!

Friedel Becker

Mahnwache

Am Samstag, 08. November 2003, gedenken wir **um 11:00 Uhr** am früheren jüdischen Altersheim an der Gröpelinger Heerstraße 167 aller Bürger, die vor 65 Jahren Opfer des vom deutschen Faschismus entfachten Pogroms wurden.

Knapp vier Jahre später, am 23. Juni 1942, wurden die Bewohner des früheren jüdischen Altersheims nach Theresienstadt deportiert. Wenige nur kehrten zurück. Die unheilvolle Vergangenheit ist längst nicht überwunden. Die neofaschistischen Schmierereien in Hastedt wie “Juden raus” zeigen das recht deutlich.

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

o Ich möchte den “Bremer Antifaschist” probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name ____________
Vorname ____________
Straße ____________
PLZ, Ort ____________
Geb.-Datum ____________
Bremen, den ____________
Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
28217 Bremen

Jakob der Lügner

Am Montag, den 03. November, zeigen wir in unserem Büro, Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, **um 19:30 Uhr** den Film "Jakob der Lügner" (DEFA 1974, 96 Min., Regie: Frank Beyer, Darsteller: Armin Müller-Stahl, Vlastimil Brodsky, Henry Hübchen, Erwin Geschonneck u.a.).

Ein osteuropäisches jüdisches Ghetto im Jahr 1944. Jakob Heym wird wegen angeblicher Überschreitung der Ausgangssperre von einem Posten zum Gestapo-Revier geschickt. Durch Zufall kommt er mit dem Leben davon und zufällig hat er dort im Radio eine Meldung über den Vormarsch der Roten Armee gehört. Er möchte die Nachricht an seine Leidensgefährten weitergeben, um ihnen Hoffnung zu machen, hat aber Angst, man würde ihn wegen seiner "Verbindung" zur Gestapo für einen Spitzel halten. So greift er zu einer Lüge, gibt vor, ein Radio versteckt zu haben. Die Menschen im Ghetto schöpfen neuen Lebensmut, es gibt keine Selbstmorde mehr und man möchte von Jakob immer neue Informationen über den Vormarsch. Er muss weiterlügen, damit die Hoffnung bleibt. Sein Freund Kowalski hilft, die Nachrichten zu verbreiten, lässt sich sogar von einem Wachposten zusammenschlagen, um Jakob zu schützen, als der auf der Toilette aus Zeitungsfetzen der Nazis wahre Nachrichten zu finden sucht.

Dieser Film wurde 1977 als bester ausländischer Film für den Oscar nominiert.

Kriminelle im Staatsdienst

- Verfassungsfeinde als Verfassungsschützer -

Erinnern Sie sich noch daran? Im März 2003 hat das Bundesverfassungsgericht das Verbotsverfahren gegen die NPD wegen der bislang größten V-Mann-Affäre eingestellt. Die neofaschistische Partei war auf der Führungsebene von zahlreichen V-Männern unterwandert, keiner wusste vom anderen und zuletzt wusste keiner mehr, wer in der NPD das Sagen hatte, nicht einmal der Verfassungsschutz.

Die unheimliche Symbiose von Verfassungsfeinden und Verfassungsschützern schildert der Geheimdienstexperte Dr. Rolf Gössner in seinem neuen Buch "Geheime Informanten" und deckt in anschaulichen Fallstudien die kriminellen Karrieren zahlreicher V-Leute auf. Sein Fazit: Über seine bezahlten Geheimagenten ist der Verfassungsschutz Teil des Neonazi-Problems geworden, nicht dessen Lösung.

Dr. Rolf Gössner liest **am 20. November um 20:00 Uhr** in der Villa Ichon aus seinem neuen Buch und stellt sich danach der Diskussion.

Der Bremer Rolf Gössner ist Rechtsanwalt und Publizist. Er arbeitet seit Jahren als parlamentarischer Berater und Sachverständiger auf Bundes- und Länderebene. 2003 wurde er zum Präsidenten der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ (Berlin) gewählt. Bei der Zweiwochenschrift „Ossietzky“ ist er Mitherausgeber.

“Der Bremer Antifaschist” ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen-Walle

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro (siehe links) oder unter 6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Solidaritätsbasar

Am Freitag, den 28.11. findet der Solidaritätsbasar **um 18:00 Uhr** in der Stephani-Gemeinde, Faulenstraße, unter dem Motto: «Solidarität - ein Signal gegen Krieg und Terror». *"Im Vordergrund des Jahres 2003 stand der Krieg gegen den Irak (…) Eine Minderheit (…) ist nicht nur bereit, für ihre Interessen Tausende von Menschenleben zu opfern, sondern auch Milliarden aus dem Staatsvermögen zu verschleudern. Mit dem Abbau der Sozialsysteme sollen Kriege und Hochrüstung bezahlt werden. Parallel zum Irak-Krieg hat die Bundesregierung die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) verabschiedet (…) Mit Deutschland an der Spitze rüstet Europa gegen die dritte Welt. Dabei soll auf das Präventivkrieg-Konzept nicht verzichtet werden. (…) Dazu passt, dass in den VPR nicht nur der Terrorismus als Gefahr bezeichnet wird, sondern ausdrücklich auch "die zunehmenden Migrationsbewegungen". Die Militarisierung Europas bedroht nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich die dritte Welt wie die Welt insgesamt (…) Entwicklungshilfe (…) aber wäre die beste Prävention gegen Terror, Krieg und Migrationsbewegungen".*
Als Sprecher tritt Jürgen Heise vom Atlantis-Verlag auf. Er hat sich einen Namen im Kampf für Mumia Abu Jamal gemacht.

20 Jahre Bremer Friedensforum

Am Dienstag, den 04. November 2003 feiert das Bremer Friedensforum **um 20:00 Uhr** in der Ev. Zionsgemeinde, Kornstraße 31, ihr 20-jähriges Bestehen. Die Berliner Compagnie zeigt das Theaterstück "human bombing", das die neue Militärstrategie der Bundeswehr "flexibel, mobil und tödlich" behandelt. *"(...) Für zukünftige Fälle nach dem Irak-Krieg sind Strategien der Gewaltlosigkeit einzuüben und die Phantasie für eine nichtmilitärische Lösung von Konflikten zu öffnen"*, heißt es in einer Vorankündigung des siebenköpfigen Ensembles. Unter der Adresse www.BerlinerCompagnie.de ist im Internet Näheres über das Theater zu erfahren. Eintrittskarten im Vorverkauf unter Telefon 0421-3961892

www.vvn-bda.de